



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



Juni 2009

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

1. Europawahl und Europapolitik
2. Die vierte Deutsche Islamkonferenz (DIK)
3. Jüngste Studien zur Integration
4. Ausländerrecht in Deutschland
5. Die Debatte über Visafreiheit
6. Türken in Deutschland
7. Deutsch-Türkische Zusammenarbeit

## 1. Europawahl und Europapolitik

**Türkische Medien berichteten ausführlich über die Wahlen zum Europäischen Parlament. Im Fokus standen türkischstämmige Wahlberechtigte und Kandidaten, „antitürkische“ Wahlkampagnen sowie die Folgen des Wahlausgangs für die EU-Beitrittsfrage.**

„Angela Merkel schwenkt um. Sie wird die Anti-Türkei-Kampagne beenden“, heißt es am 03.06. im Massenblatt **HÜRRIYET** über den Wahlkampf der Bundeskanzlerin. Bundeskanzlerin Merkel sei sich der Relevanz türkischstämmiger Wähler bewusst geworden und verzichte daher auf die Anti-Türkei Kampagne.

**MILLIYET** berichtet am gleichen Tag über die 26 türkischstämmigen Kandidaten bei den EU-Wahlen. Deren Ziel sei es, die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Anzahl der türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger innerhalb der EU und den türkischstämmigen Abgeordneten im EU-Parlament zu korrigieren. Nach wie vor sei dabei Deutschland das Land, aus dem die meisten türkischstämmigen Kandidaten kommen. Und weiterhin seien es linke Parteien, die die meisten Türkeistämmigen auf ihre Listen setzten, so die Zeitung.

Der Vorsitzende des islamischen Dachverbandes DITIB, Sadi Arslan, fordert am 06.06. in der **ZAMAN** alle türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger, die die Staatsbürgerschaft des Landes angenommen haben, in dem sie mittlerweile leben, dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Das Ergebnis der Wahlen zum EU-Parlament wurde am 08.06. in allen Zeitungen kommentiert. **HÜRRIYET** titelt: „Europa hat über seine kommenden fünf Jahre abgestimmt“, über die Wahlen zum EU-Parlament. Dabei haben die „türkischen Wähler großes Interesse an den Wahlen gezeigt“, interpretiert die Zeitung. „Die Stimme abzugeben, ist sowohl unsere Pflicht als auch unser Recht“, heißt es weiter. „Die türkischstämmigen Wähler sind trotz des geringen Interesses der deutschen Wähler zur Wahl gegangen“, meint die Zeitung. „Erwartungsvolle Spannung“, heißt es bei der **SABAH**, wobei sich die Zeitung auf die Haltung der Kandidaten zum EU-Beitritt der Türkei konzentriert. „Europa hat gewählt“, titelt die **TÜRKIYE**. Die Zeitung begründet den Erfolg rechtsextremer Parteien wie folgt: „Da türkischstämmige Wähler geringes Interesse an der Wahl gezeigt haben, haben rechtsextremistische Parteien so die Möglichkeit bekommen, im Brüsseler Parlament stärker vertreten zu sein. Hätten alle Türken ihre Stimmen

abgegeben, wäre der Ausgang der Wahlen anders verlaufen.“ „Europa sagt *rechts*“, ist bei der **MILLIYET** über den Ausgang der Wahlen zu lesen.

Ein Tag nach der Wahl am 09.06. schreibt die **HÜRRIYET** in ihrer Ausgabe von einem „politischen Erdbeben“ über das Resultat der EU-Wahlen. Weiter schreibt die Zeitung: „Bei den EU-Parlamentswahlen haben in England, Deutschland, Spanien, Österreich und Portugal Linke und Liberale einen herben Schlag versetzt bekommen. Merkel und Sarkozy, die eine Kampagne der ‚privilegierten Partnerschaft‘ für die Türkei führten, konnten gestärkt aus der Wahl hervorgehen“. Auch die **SABAH** ist der Meinung: „Unser Anliegen in der EU durchzusetzen, wird problematisch.“, womit die Zeitung den EU-Beitrittsprozess andeutet. Ähnlich schreibt die **MILLIYET**: „Der Erfolg der Gegner wird den EU-Beitrittsprozess der Türkei erschweren.“ „Migranten lassen die Grünen abheben“ titelt **ZAMAN** ebenfalls am 09.06. Zum ersten Mal haben Bündnis 90/Die Grünen so viele Stimmen bekommen, berichtet die Zeitung. Die Partei habe sowohl bei den EU-Wahlen als auch bei den gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen nicht nur in den Großstädten, sondern auch auf ländlichen Gebieten den Großteil der Stimmen abgeräumt. Während Städte wie Heidelberg, Darmstadt, Stuttgart und Freiburg zu Festungen der Grünen umgewandelt wurden, erstaunte die Wahlquote der Grünen deren Gegner, so die Zeitung weiter.

Die **TÜRKIYE** berichtet am 10.06. von den vier türkischstämmigen Kandidaten, Ismail Ertuğ aus Deutschland, Emine Bozkurt aus den Niederlanden, Metin Kazak sowie Filiz Hüsmenova aus Bulgarien, die einen Sitz im Europaparlament bekommen haben.

In der Auflage vom 11.06. kritisiert die **TÜRKIYE** die türkeifeindliche Haltung bei den Wahlen für das Europaparlament und beruft sich auf den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP) und Oppositionsführer Deniz Baykal, der bekanntgab, dass Ressentiments gegen die Türkei als politisches Mittel benutzt worden seien. Baykal betonte, es sei bedauernswert, dass die Europapolitik gegen die Grundwerte der Demokratie und Menschenrechte gelenkt werden könne. „Europas erste und einzige Abgeordnete mit Kopftuch legte unter Applaus ihren Eid ab“ heißt es am 24.06. über Mahinur Özdemir (26) in der **ZAMAN. HÜRRIYET** zitiert Özdemir mit den Worten: „Ich will nicht mit meinem Kopftuch erwähnt werden, sondern mit dem was darunter ist.“

## **Europapolitik**

Auf die Verurteilung der Türkei wegen Akzeptanz von häuslicher Gewalt durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte reagierte die gesamte Presse, dennoch wurde sachlich über das Ereignis berichtet: Nahide Topuz war am 10.06. in nahezu allen türkischen Zeitungen auf dem Titelblatt. Sie erhob Klage gegen die Türkei, mit der Begründung, die türkischen Behörden hätten Topuz und ihre Mutter nicht ausreichend vor den Gewaltangriffen ihres Ex-Mannes geschützt. Dieser hatte Topuz misshandelt und ihre Mutter, mit der Begründung, sie habe seine Ehre verletzt, erschossen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte die Türkei wegen „Gewalt in der Familie“ zu einem Schmerzensgeld in Höhe von 30.000 Euro, das nun von der Regierung in Ankara an Topuz auszuzahlen ist. "Die Klägerin hat deutlich dargelegt, dass die Passivität der türkischen Justiz ein Klima häuslicher Gewalt fördert", sagte ein Gerichtssprecher in Straßburg.

## **2. Die vierte Deutsche Islam Konferenz (DIK)**

**Die vorerst vierte und in dieser Legislaturperiode letzte Islamkonferenz war Thema in den Europaausgaben türkischer Zeitungen. Insgesamt wurde die Wahrnehmung der Muslime in Deutschland als ein positives Ergebnis aufgefasst.**

Die **SABAH** vom 25.06. bezieht sich auf Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble mit den Worten, dass nicht alle Probleme bezüglich des Islams in Deutschland gelöst wären, doch habe man eine weite Strecke zurückgelegt: Die Muslime würden nicht mehr als eine Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden werden. Die **HÜRRIYET** weist darauf hin, dass sich auch die muslimischen Teilnehmer für eine Weiterführung der Konferenz über die Legislaturperiode hinaus ausgesprochen haben. Und die **TÜRKIYE** zitiert am 27.06. die Feststellung des Bundesvorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir, dass es an konkreten Ergebnissen fehle. **HÜRRIYET** gibt ihrem Artikel am 26.06. über die Islam-Konferenz den Titel „Die Türkei ist unser Partner“. „Die größte muslimische Bevölkerung in Deutschland sind die Türken und deshalb spielen sie eine besondere Rolle“, habe Bundeskanzlerin Merkel gesagt. «Der Gipfel ist vorbei, die Probleme dauern aber an»,

heißt es auf der Titelseite der **MILLIYET**. Die **ZAMAN** zeigt sich erfreut über die Konferenz und überschreibt ihren Bericht mit den Worten: „Schäuble: Der Dialog hat zu einer Zusammenarbeit geführt.“

### **3. Jüngste Studien zur Integration**

**Die Ergebnisse verschiedener Umfragen und Studien zu den Themen Integration und Islam in Deutschland wurden in den Zeitungen präsentiert.**

#### **Integrationskurse**

„Die landesweit angebotenen Integrationskurse wurden von mehr als einer halben Millionen Zuwanderern besucht“, informiert **SABAH** am 03.06. mit Blick auf Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Hervorgehoben wurde, dass der Frauenanteil unter den Teilnehmern insgesamt überwiege. Bei den Abschlussprüfungen seien zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgreich, wobei die Kurse überwiegend von Migrantinnen und Migranten aus der Türkei, Russland, Polen sowie aus der Ukraine besucht werden.

Die **HÜRRIYET** weist am 05.06. darauf hin, dass jeder Zuwanderer das Recht habe, an den vom Staat angebotenen Kursen teilzunehmen, viele aber nicht darüber Bescheid wüssten. Weiter erläutert **HÜRRIYET** Ziele, Vorgehensweisen und Inhalte der Integrationskurse.

#### **Erster Integrationsindikatorenbericht**

Auf den ersten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung, der am 10.06. in Berlin vorgestellt wurde, beziehen sich die meisten der in Deutschland herausgegebenen türkischen Zeitungen.

**SABAH** titelt am 11.06: „Kein Integrations-, sondern ein Katastrophenbericht.“ Die Zeitung berichtet, dass Migrantinnen und Migranten in vielen Bereichen deutlich schlechter gestellt seien als Deutsche. Unter dem Titel „Integrationsdesaster“ fasst die **TÜRKIYE** den von der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer vorgestellten Bericht zusammen: „Trotz zahlreicher Projekte und Seminare ist keine Besserung festzustellen.“ Die Zeitung betont, dass Zuwanderer im Vergleich zu Deutschen mehr von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen seien.

## **Studie der Bertelsmann Stiftung**

Die Ergebnisse der Studie „Zuwanderer in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung werden am 15.06. von türkischen Tageszeitungen kommentiert.

„Türken wollen lediglich Respekt“, heißt es als Aufmacher in der **HÜRRIYET**. Weiter schreibt die Zeitung: „Der Großteil, der in Deutschland lebenden Türken gibt an, dass sie von der deutschen Gesellschaft nicht den Respekt erhalten, der ihnen gebührt.“ **SABAH** behält Zahlen und Fakten im Fokus, startet aber mit dem Titel: „Deutschland ist für die Türken keine Heimat“. Zudem legt die Zeitung die Ergebnisse der Stiftung wie folgt vor: „69 Prozent der Migranten leben gerne in Deutschland. 58 Prozent fühlen sich als Teil der deutschen Gesellschaft. Nur fünf Prozent empfinden sich nicht zugehörig. Den türkischen Zuwanderern fällt es jedoch nach wie vor schwer, Deutschland als ihre Heimat anzusehen. Nur 29 Prozent betrachten die Bundesrepublik als ihr Heimatland. Von den hier Geborenen erklären immerhin 50 Prozent, sich in Deutschland zu Hause zu fühlen. Das Gefühl, nicht anerkannt zu sein, herrscht allgemein bei den Türken.“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wird am 19.06. in der **SABAH** mit seiner Rede auf einer Konferenz der Bertelsmann Stiftung zitiert. „Wir haben ein Integrationsproblem mit den Türken“, ist auf der Titelseite der Zeitung zu lesen. „Deutschland hat die größten Integrationsprobleme mit den Türken. Wir haben die Menschen aus Anatolien hierher geholt. Sie sind nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten und Geld in die Türkei schicken zu können. Doch dann sind sie hier geblieben«, so die Aussagen des Bundesinnenministers. Laut Schäuble sei die Integration trotz aller Schwierigkeiten auf einem guten Wege. Am 23.06. befasst sich **SABAH** erneut mit dem Bericht der Bertelsmann-Stiftung und berichtet über die Aussagen der Wissenschaftlerin Oya Abali. Abali geht davon aus, dass Zuwanderer türkischer, russischer und griechischer Abstammung sich gleichermaßen benachteiligt fühlen und trotz starker Bindungen an Deutschland mehr als die Hälfte aller Befragten bereits selber Ausgrenzungen erlebt haben. Was erwartet werde, sei eine stärkere Anerkennung der Herkunftskulturen, so Abali.

## **Türkisches Medienverhalten**

**SABAH** berichtet am 12.06. über eine Studie des Berliner Marktforschungsinstituts Data4U zum Medienverhalten türkischstämmiger Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Demnach nutzen Türken in Deutschland hauptsächlich das türki-

sche Fernsehen. Dieses fungiere als Brücke zur Heimat und spiele eine zentrale Rolle im Leben der Türken,“ erläutert Umut Karakas von Data4U im Interview mit **SABAH** über die Ergebnisse der Studie.

#### **4. Ausländerrecht in Deutschland**

**Im Juni setzte sich die türkische Presse insbesondere mit dem Mitspracherecht und dem vorurteilbehafteten Verhalten deutscher Behörden gegenüber türkischen Mitbürgern auseinander. Auch die Debatte über die Anerkennung ausländischer Diplome wurde mit großem Interesse in den Zeitungen verfolgt.**

##### **Politische Mitsprache und religiöse Gleichstellung**

Auf der Titelseite der **TÜRKIYE** ist am 10.06. zu lesen: „Das Gesetz zur Änderung der Integrationsbeiräte muss zurückgenommen werden.“ Die nordrhein-westfälische Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) und ihr Vorsitzender, Tayfun Kelttek, haben in einer Pressekonferenz in Düsseldorf ihre klare Ablehnung bekräftigt, so die Zeitung. Mit der geplanten Novelle des Gemeindeordnungsrechts der schwarz-gelben Regierung in Düsseldorf drohe eine deutliche Beschneidung des Mitspracherechts von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene, befürchtet die LAGA.

Eine rechtliche Gleichstellung der muslimischen Gemeinschaften mit den Kirchen hat nach Angaben der **TÜRKIYE** am 22.06. der Sekretär der deutschen katholischen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, gefordert. Die Zeitung zeigt sich erfreut über die Forderungen, da sie in einer Zeit kommen, in der Muslime und Moscheen in Europa von Rechtsextremisten bedroht und angegriffen werden, behauptet die Zeitung.

##### **Vorurteile bei der Einreise türkischer Flugpassagiere**

„Deutschland kontrolliert Passagiere aus der Türkei noch während des Verlassens des Flugzeuges“ heißt es am 12.06. in der **HÜRRIYET** über Visa-Kontrollen bei Flugreisen aus der Türkei an deutschen Flughäfen. „Dass die Maßnahme zur Prävention illegal Einreisender nur bei Flugzeugen durchgeführt wird, die aus der Türkei anfliegen, stößt bei den Passagieren auf Kritik“, so die Zeitung weiter. Der

türkische Passagier Hüseyin Adali äußert sich bei der Zeitung zum Thema: „Diese Behandlung erniedrigt uns und zeigt deutliche Vorurteile gegenüber den Türken.“ Die **TÜRKIYE** zitiert das türkische Außenministerium in Ankara mit der Aufforderung gegenüber Deutschland „dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu folgen und die Visum-Pflicht für Türken abzuschaffen.“

„Das deutsche Außenministerium gibt eine Erklärung heraus: Signale, wonach über die Visum-Problematik verhandelt werden könnte“, druckt die **MILLIYET** am 17.06. die Antwort von Bundesaußenminister Steinmeier auf die Forderungen die Visumpflicht für Türken abzuschaffen. Weiter schreibt die Zeitung: „Bundesaußenminister Steinmeier erklärt, dass sie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes respektieren und die Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem türkischen Innenministerium beginnen werden.“

### **Anerkennung von Diplomen**

**SABAH** zitiert am 08.06. Arbeitsminister Olaf Scholz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse: „Die Diplome werden in drei Monaten anerkannt.“ Zusätzlich habe Scholz kritisiert, dass die Nichtanerkennung ausländischer Diplome sowohl ein großer Verlust als auch eine große Blamage seien.

Am 17.06. ist in der **SABAH** über die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, zu lesen. Sie wolle erreichen, dass Diplome sowie andere berufliche Abschlüsse, die im Ausland erworben wurden in Deutschland endlich anerkannt werden. Sie bezeichne es als Skandal, dass es in Deutschland 500.000 Akademiker gäbe, deren Abschluss nicht anerkannt wäre. Die Staatsministerin erklärte: „Es ist erfreulich, dass sich 69 Prozent der Migranten in Deutschland wohl fühlen. Es kann jedoch nicht ausreichen, wir müssen uns noch mehr anstrengen, damit sie sich auch gleichberechtigt fühlen.“

### **Doppelte Staatsbürgerschaft**

Wie die **MILLIYET** am 25.06. berichtet, ist eine neue Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft gestartet worden. Nach Angaben der Zeitung haben Gewerkschafter, zivilgesellschaftliche Organisationen und Wissenschaftler die Kampagne gestartet, um die vor neun Jahren abgeschaffte Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft wieder einzuführen. Die Kampagne kämpfe auch dafür, das Optionsmodell wieder abzuschaffen, das in Deutschland geborene Migranten vor



die Entscheidung stellt, sich zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

## 5. Die Debatte über Visafreiheit

**Schwierigkeiten und Missverständnisse rund um die Debatte zur Einreise von türkischen Staatsangehörigen nach Deutschland wurden umfassend diskutiert.**

Am 09.06. berichtet **SABAH** ausführlich über Fragen zu Einreisemodalitäten für türkische Staatsbürger. Laut der Zeitung herrsche nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshof ein heilloses Durcheinander in Bezug auf die Verfahrensweise der deutschen Behörden. Zuletzt habe der deutsche Botschafter in Ankara, Eckart Cuntz, bekannt gegeben, dass Deutschland seine Verwaltungspraxis an die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes angepasst hätte. Danach könnten LKW-Fahrer, Sportler, Künstler sowie Wissenschaftler aus der Türkei ohne Visum nach Deutschland einreisen. Vor der Einreise sei jedoch eine „Bescheinigung über die visafreie Einreise“ bei den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei einzuholen. Der deutsche Botschafter habe den türkischen Journalisten erklärt, dass die „Bescheinigung über die visafreie Einreise“ keine rechtliche Grundlage habe und auch nicht beantragt werden müsse. Sie werde nur als vorübergehende Maßnahme ausgestellt, so die Zeitung. **HÜRRIYET** schreibt ausführlicher über Cuntzs Aussagen, demnach hänge die Umsetzung der visafreien Einreise von dem Entschluss und der Handlungsweise der deutschen Polizei ab. Juristen hätten erneut bewiesen, dass die Visapflicht für Türken nach 1980 nicht rechtmäßig sei und Deutschland rechtswidrig handelte, sofern die Visapflicht für Türken nicht aufgehoben würde. Das gleiche gelte auch für Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und Italien sowie für die Länder Spanien, Dänemark, England, Portugal und Griechenland, die nachträglich in die EU aufgenommen wurden.

Laut **SABAH** habe Recep Keskin, Vorsitzender des Verbandes Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD), die türkischen Unternehmer aus der Türkei, die von den deutschen Grenzkontrollen aufgrund ihres Visums zurückgewiesen wurden, aufgerufen, Schadensersatzklage gegen die Bundesregierung zu

erheben. „Die Handelsgerichte können die Bundesrepublik zu größeren Summen Schadensersatz verurteilen“, zitiert die Zeitung Keskin am 22.06.

Drei Tage später, am 25.06., titelt **SABAH**: „Zwanzig türkische Staatsbürger haben für die visafreie Einreise nach Deutschland vor den Verwaltungsgerichten in Berlin und Brandenburg Anklage gegen die Bundesrepublik erhoben. Die Bundesregierung hat dies zur Beantwortung einer kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag bekanntgegeben. Danach haben sich alle Kläger auf das Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofs bezogen, wonach für die Einreise türkischer Staatsangehörige in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates kein Visum verlangt werden darf. Die Bundesregierung habe das Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofs akzeptiert. Sie poche lediglich darauf, den begünstigten Personenkreis so eng wie möglich zu halten.

## **6. Türken in Deutschland**

**Über Potenziale und Probleme von Türkischstämmigen in Deutschland berichteten die Zeitungen im Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und Kriminalstatistik.**

### **Türkische Unternehmer in Deutschland**

Am 05.06. zitiert **SABAH** den Grünen-Vorsitzenden Özdemir, der bei einem Besuch türkischer Unternehmen in Hamburg referierte: „Die Erfolge von Zuwanderern müssen als Vorbild dienen. Migranten sind in diesem Land lange nicht mehr nur Arbeiter. Viele haben ihre eigenen Unternehmen und bieten Arbeits- und Ausbildungsplätze an.“ Zudem habe Özdemir bei der Gelegenheit alle Migrantinnen und Migranten dazu aufgerufen, ihre Stimmen bei der Wahl zum Europäischen Parlament am Sonntag abzugeben.

Die **TÜRKIYE** berichtet am gleichen Tag über das neue Projekt zur beruflichen Fortbildung für Beschäftigte in klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU). Ziel sei die Initiierung von Weiterbildungsaktivitäten in türkischen Betrieben, wobei Unternehmen mit kleinen Betriebsstrukturen in der Nahrungs- und Gastronomiebranche und im Handelsbereich im Fokus stehen. Mit dem neuen Projekt soll eine Brücke zwischen den Betrieben und der Arbeitsagentur hergestellt werden.

## **Kriminalstatistik**

Nahezu alle in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen thematisieren am 16.06. die Anzahl der türkischen Straftäter und Tatverdächtigen in Deutschland in der veröffentlichten Kriminalstatistik 2008. In der **TÜRKIYE** ist zu lesen, dass die Zahl der türkischen Tatverdächtigen im Jahre 2008 gestiegen sei. Dass die Türken unter den Tatverdächtigen den ersten Platz einnehmen, schreibt **SABAH**. Die **ZAMAN** wiederum beteuert entgegen den Ergebnissen der Statistik, die Zahl der türkischen Tatverdächtigen habe abgenommen.

## **7. Deutsch-Türkische Zusammenarbeit**

**Mit herausragenden Projekten und Veranstaltungen zu deutsch-türkischen Beziehungen befassten sich einzelne Meldungen der türkischen Presse.**

Die Deutsch-Türkische Woche 2009 in Berlin wurde im *Institute for Cultural Diplomacy* mit verschiedenen Aktivitäten gefeiert. Süleyman Bag schreibt in der **ZAMAN** am 04.06., Ziel sei es, das schlechte Image der türkischstämmigen Migranten als nicht anpassungsfähige, problembehaftete Gruppe aufzuheben.“ Zur Eröffnung der Deutsch-Türkischen Woche äußert sich Ali Ahmet Acet, Botschafter für die Türkei in Deutschland, in der **TÜRKIYE**: „Die Vorurteile müssen bekämpft werden“. Mit der Überschrift: „Die Vorurteile kränken uns“, wird Acet in der **SABAH** aus seiner Eröffnungsrede zitiert. Acet sei enttäuscht darüber, dass weiterhin Vorurteile gegenüber Türken in Deutschland bestehen, obwohl man sich mittlerweile gut kenne, schreibt die Zeitung weiter.

Am 05.06. berichtet Hürriyet in ihrer Jugendausgabe **HÜRRIYET YOUNG** vom zweiten Internationalen Kindertag der „DeuKischen“ Generation im Kinder-, Jugend- und Familienzentrum in Berlin-Köpenick. Wie im Sommer 2008 werde auch bei diesem Fest das Ziel verfolgt, die Türkei und das Leben der Türken in Deutschland vorzustellen und näher zu bringen.

**HÜRRIYET** informiert am 12.06. über das gemeinsame Projekt der deutschen Polizei und der türkischen Mediagruppe Dogan *Sidette karsi el ele cocuklarimizin gelecegi icin* („Gemeinsam gegen Gewalt, für die Zukunft unserer Kinder“). Projektmanager Reinhold Hepp teilte der Zeitung mit, das Projekt sei hauptsächlich

für die Zuwanderer in Deutschland ins Leben gerufen worden. Hepp erwähnte auch, dass Unterstützung bei dem Projekt für Integration und gegen Gewalt insbesondere von Seiten der Türkischstämmigen komme.

**HÜRRIYET** berichtet am 19.06. über das Projekt „Türkisches Einkaufszentrum“ in Köln. In dem Kölner Stadtteil Mülheim soll ein türkisches Einkaufszentrum eröffnet werden, in dem sich Einkaufsläden, Büros, Restaurants, Kindergärten, ein Swimming-Pool sowie ein Seniorenzentrum unter einem Dach zusammenschließen.